



Alte Hansestadt **Lemgo**

Lemgo

Haushaltssicherungskonzept

2004 bis 2007 (2008)

(zum Haushaltsplan 2003)

Inhaltsverzeichnis:

	Seiten
Vorbericht zum Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008)	I bis VII
Im Haushaltsplan 2003 bereits eingearbeitete Kürzungen	VIII
Geplante bzw. schon eingeführte Kooperationen	IX bis X
 Haushaltssicherungskonzept:	
Maßnahmen - AUSGABEN	A 1 bis A 19
Maßnahmen - EINNAHMEN	E 1 bis E 10
 Zusammenfassung Einnahmen und Ausgaben	 XI bis XII

Vorbericht zum Haushaltssicherungskonzept 2004 - 2007 (2008)

I. Rechtlicher Rahmen

A. Rechtsgrundlagen

Nach § 75 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen¹ (GO NRW) muss der Haushalt in jedem Jahr ausgeglichen sein. Sollte der Haushaltsausgleich nicht herbeigeführt werden können, so ist nach § 75 Abs. 4 GO NRW ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. Das HSK umfasst den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt und dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. In dem HSK ist der Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu dem der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Das HSK bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde, und die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn aus dem HSK hervorgeht, dass spätestens im vierten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr die Einnahmen die Ausgaben (ohne Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren) decken werden. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

Das genehmigte Haushaltssicherungskonzept stellt einen für die Gemeinde (Rat wie Verwaltung) **verbindlichen Handlungsrahmen** bezüglich der in ihm enthaltenen

Maßnahmen dar. Die Einhaltung und Durchführung der Maßnahmen des HSK ist der Aufsichtsbehörde jeweils nach dem Ende des entsprechenden Haushaltsjahres zu berichten.

B. Zuständigkeit

Die Aufstellung des HSK gehört nach § 41 Abs. 1 Buchst. h GO NRW zu den Aufgaben, für die der Rat ausschließlich zuständig ist, und die er nicht übertragen kann.

C. Situation im Haushaltsplan 2003

Der dem Rat vorgelegte Haushaltsplan 2003 weist im **Verwaltungshaushalt einen Fehlbedarf von 2.824.030 EUR** aus. Da somit die Einnahmen des Jahres 2003 die Ausgaben nicht decken, ist nach § 75 Abs. 4 GO NRW ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und vom Rat zu beschließen.

Das HSK ist dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Detmold als Genehmigungsbehörde vorzulegen.

¹ In der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.04.2002 (GV.NRW:S. 160)

II. Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten

Das Innenministerium NRW hat gemeinsam mit den Bezirksregierungen einen „Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten“ erarbeitet und mit Erlass vom 06.10.1999 an die Bezirksregierungen übersandt. Dieser Handlungsrahmen wurde den Fraktionen zur Kenntnisnahme übersandt und wird im folgenden verkürzt dargestellt:

A. Vorbemerkungen

Die Erfüllung der kommunalen Aufgaben ist nur im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit möglich. Die Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs macht es daher zwingend erforderlich, dass die Kommunen umgehend alle hierfür notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Im Haushaltssicherungskonzept (HSK) sind die Maßnahmen darzustellen, durch die der Haushaltsausgleich einschließlich der Abdeckung der Altfehlbeträge aus den Vorjahren wieder erreicht wird. Nach der Rechtslage ist ein HSK genehmigungsfähig, wenn - zumindest - der jahresbezogene Haushaltsausgleich (ohne Abdeckung der Fehlbeträge aus den Vorjahren und ohne atypische Veranschlagungen wie z. B. „Rückzuführungen“ gemäß § 22 Abs. 3 GemHVO) spätestens im 4. auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr – d.h. für Lemgo im Jahr 2007 - erreicht wird. Die Fehlbeträge aus den Vorjahren müssen innerhalb von höchstens 5 Jahren

seit Erreichen des jahresbezogenen Haushaltsausgleichs, also in den Jahren 2008 bis 2012 abgedeckt werden. Der Konsolidierungszeitraum beginnt mit der erstmaligen Genehmigung des HSK und soll nicht ausgedehnt werden. Abweichungen sind nur bei rechtlich oder tatsächlich zwingenden Änderungen der Planungsgrundlagen zulässig.

B. Prüfpunkte im HSK

Zu jedem der nachfolgend verkürzt dargestellten Prüfpunkte hat die Stadt Lemgo in ihrem HSK Stellung zu nehmen und Einsparpotentiale/Verbesserungen der Einnahmesituation darzustellen.

1. Der **Ausgabenanstieg** (bereinigte Gesamtausgaben²) soll bis zur Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs **deutlich unter** den landesweiten Orientierungsdaten bleiben. Eine Nettoneuverschuldung ist zu vermeiden. Die Zinsbelastung ist so gering wie möglich zu halten. (...)
2. Bei den **Personalausgaben** sind alle **Einsparungsmöglichkeiten** auszunutzen. Ziel muss eine Senkung der Personalkosten sein. (...)
 - a) Wiederbesetzungs- und Beförderungssperre von mindestens 12 Monaten. (...)
 - b) Abbau von Überstunden und Bereitschaftsdiensten

² Die bereinigten Gesamtausgaben sind die Bruttoausgaben abzüglich bewirtschafteter Fremdmittel und ohne die haushaltstechnischen Verrechnungen und besonderen Finanzierungsvorgänge

- c) Die städtische Verwaltungsorganisation ist mit dem Ziel eines Personalkostenabbaus zu optimieren. (...)
- d) Im Einzelfall sind städtische Einrichtungen, wie z. B. Altenheime, Bäder, Sporthallen, (...) völlig aufzugeben.
3. Bei den **pflichtigen Aufgaben** sind alle Möglichkeiten einer **Kostenreduzierung** auszuschöpfen. Bei Art, Umfang und Ermessensausübung der Aufgabenwahrnehmung sind die Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verstärkt zu überprüfen. (...)
4. Wenn bei pflichtigen Aufgaben gespart werden muss, können **freiwillige Leistungen** bei der Konsolidierung nicht außer Betracht bleiben. Sie sind in vertretbarer Weise **zu reduzieren**. (...) Während des Konsolidierungszeitraumes darf sich die Kommune nicht vertraglich zu freiwilligen Leistungen verpflichten. Es ist eine Liste über die freiwilligen Leistungen zu erstellen, fortzuschreiben und der Aufsichtsbehörde jeweils zusammen mit dem HSK vorzulegen. (...)
5. Der **Zuschussbedarf** der kostenrechnenden Einrichtungen ist konsequent durch Ausgabenreduzierung und/oder Einnahmeerhöhungen **zu begrenzen**. In den klassischen Gebührenhaushalten dürfen keine Unterdeckungen entstehen. (...)
6. Die Konsolidierung muss auch alle **Beteiligungen** der Gemeinde einbeziehen. Auf die Beteiligungen sind die Maßstäbe der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden konsequent anzuwenden. (...)
7. **Deckungsreserven** dürfen nicht ausgewiesen werden. Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die sich nicht umgehen lassen, müssen durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden.
8. Das vorhandene **Vermögen** der Gemeinde ist daraufhin zu untersuchen, inwieweit es für öffentliche Zwecke noch benötigt wird. (...)
9. Im Rahmen der Konsolidierung ist es nicht vertretbar, große „Schattenhaushalte“ neben dem laufenden Haushaltsplan zu bewirtschaften. Der Rat muss vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich schlechteren Finanzlage auch bereits früher anfinanzierte Projekte, für die **Ausgabe-reste** gebildet wurden, erneut auf den Prüfstand stellen. (...) Die Haushaltsresteliste ist dem Rat zur Beratung über die Verwendung der Haushaltsreste vorzulegen³. Die entsprechenden Ratsbeschlüsse sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich vorzulegen. (...)

³ Ist an die Mitglieder des Hauptausschusses und des Rates mit Schreiben vom 28.02.2003 als Anlage 4 zur Vorlage H 402 übersandt.

- 10.** Die **Hebesätze** für Gewerbe- und Grundsteuern müssen bezogen auf die Gemeindegrößenklasse deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen.
- 11. Mehreinnahmen**, die ggf. bei der Ausführung des Haushaltsplanes gegenüber den Ansätzen bei den kommunalen Steuern, den allgemeinen Landeszuweisungen und den Erwerbseinnahmen des Verwaltungshaushaltes entstehen, sind zur Reduzierung des Fehlbedarfs des Verwaltungshaushaltes einzusetzen.

Art und Umfang der Erfüllung aller vorstehenden Prüfpunkte hängen davon ab, inwieweit das Ziel der Wiederreichung des Haushaltsausgleichs verwirklicht werden kann.

III. Haushaltsentwicklung der Stadt Lemgo

Die Haushalte und auch die Jahresrechnungen der Stadt Lemgo konnten bis zum Haushaltsjahr 2002 ausgeglichen werden. Seit 1995 waren die Haushaltspläne jedoch strukturell nicht ausgeglichen, d. h. die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes reichten nicht aus um die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zu decken. Es musste eine Rückführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt veranschlagt werden. Während 1995 die Jahresrechnung noch ausgeglichen dargestellt werden konnte, mussten seit 1996, mit Ausnahme der Jahre 1998 und 2001 tatsächlich Mittel des Vermögenshaushaltes an den Verwaltungshaushalt zu dessen Ausgleich zurückge-

führt werden⁴. Auch 2002 konnte die Jahresrechnung nochmals strukturell ausgeglichen werden.

Der am 16.12.2002 dem Rat vorgelegte Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2003 war wiederum strukturell nicht ausgeglichen, konnte aber, und dies unterscheidet den Haushaltsentwurf von dem der Vorjahre, auch durch eine Rückführung aus dem Vermögenshaushalt nicht ausgeglichen werden. Nach § 22 Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)⁵ dürfen Mittel der allgemeinen Rücklage und die Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens (Verkauf von Grundstücken u. ä.) zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts unter den dort genannten Voraussetzungen verwendet werden. Für diesen Zweck standen im Entwurf 3,4 Mio. EUR zur Verfügung. Diese 3,4 Mio. EUR setzten sich zusammen aus rd. 2,5 Mio. EUR Rücklagenentnahme und rd. 900.000 EUR Verkaufserlöse. Mit der planmäßigen Rücklageentnahme von 2,5 Mio. EUR ist dann der Mindestbestand der Rücklage erreicht⁶.

Trotz dieser Rückführung musste zunächst im Haushaltsplanentwurf ein Fehlbedarf von rd. 4,2 Mio. EUR ausgewiesen werden.

⁴ Vgl. hierzu den Rechenschaftsbericht zur Haushaltsrechnung 2001 Seite 3

⁵ Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden - Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) - vom 14. Mai 1995 (GV. NRW. S. 516) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.09.2001 (GV. NRW. S. 708)

⁶ vgl. hierzu den Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2003 S. XXIX vom 16.12.2002

A. Hauptursachen für die Haushaltslage

Hauptursachen für diese ganz außergewöhnliche Verschlechterung der Haushaltslage der Stadt Lemgo sind:

- Rückgang der Schlüsselzuweisungen um rd. 7 Mio. EUR
- Erhöhung der Kreisumlage um rd. 1,5 Mio. EUR
- Erhöhung der Gewerbesteuerumlage um rd. 0,6 Mio. EUR

Hier sind nur die größten Positionen angesprochen. Daneben werden auf der Einnahmeseite weitere Rückgänge durch den Konjunkturverlauf bei den Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer erwartet. Als erste unmittelbare Reaktion auf diese Entwicklung sind in den Haushaltsplanentwurf 2003 schon erhebliche Sparmaßnahmen eingearbeitet worden:

1. Streichung von 12 Teilzeit- bzw. Vollzeitstellen (entspricht ca. 8,9 vollen Stellen) im Jahr 2003
2. Kw-Vermerke für 5 weitere Stellen
3. Verschiebung einer AB-Maßnahme auf unbestimmte Zeit
4. Weitere Veränderungen im Personalbereich, wie z. B. bei Altersteilzeit, Wiederbesetzung von Stellen, Vertretungsregelungen und Zuschüssen für Stadtbuskarten sowie Betriebsausflug
5. Kürzung aller Gebäudeunterhaltungsansätze um 50 %
6. Kürzung aller Ansätze bezüglich der Unterhaltung von Außenanlagen um 50 %

7. Kürzung aller Ansätze für die Unterhaltung von Straßen, Wegen, Schildern usw. um 50 %
8. Kürzung der Ansätze im Bereich sonstiger Straßen- und Wegeunterhaltungen um 50 %
9. Kürzungen der Beschaffungen von beweglichem Vermögen um 50 %
10. Verzicht auf neue Maßnahmen im Bereich der Stadtplanung
11. Verzicht auf den stadtfinanzierten Sommertreff
12. Kürzung bei Aus- und Fortbildungsmitteln um 25 %
13. Kürzung für Repräsentationsaufwand um 25 %
14. Kürzung im Bereich der Städtepartnerschaften um über 50 %
15. Aussetzung der städtischen Zuschüsse für Fahrten in die Partnerstädte.

B. Entwicklung der Haushaltslage nach der Einbringung

Nach der Einbringung des Haushalts 2003 in den Rat sind bei wichtigen Einnahme- und Ausgabepositionen Änderungen eingetreten, die den Fehlbedarf nochmals um rd. 1,5 Mio. EUR erhöhen. Hier sind insbesondere Änderun-

gen bei dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (- 850.000 EUR), dem Gemeindeanteil bei der Umsatzsteuer (- 48.000 EUR), den Schlüsselzuweisungen (- 275.000 EUR) und dem Erstattungsanspruch nach dem Solidarbeitragsgesetz (- 325.000 EUR) und ein mehr von 117.000 EUR bei der Kreisumlage zu nennen.

Da ein Teil der Konsolidierungsmaßnahmen des HSK nicht mehr unmittelbar bereits in 2003 wirksam werden kann, wurde im Entwurf das HSK zeitlich bis zum Jahr 2008 ausgedehnt. Die Erstreckung auf das Jahre 2008 ist deshalb nachrichtlich beibehalten worden; die bindende Festlegung erstreckt sich jedoch nur auf die Jahre 2004 bis 2007.

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten des Haushaltsjahres 2002 konnte der allgemeinen Rücklage noch ein Betrag von 1.012.018,45 EUR zugeführt werden; damit weist die Rücklage am 01.01.2003 einen Bestand von rd. 6,1 Mio. EUR aus. Aus diesem Bestand werden zum teilweisen Ausgleich des Haushaltes 2003 5.030.000 EUR entnommen. In den Folgejahren ist keine Entnahme aus der Rücklage zur Deckung des laufenden Bedarfs vorgesehen. Der Anteil der Stadt an den vom Kreis Lippe verwalteten Wesertalerlösen beträgt 4.607.809 EUR; er hat für die städt. Haushaltswirtschaft Rücklagecharakter.

Nach Saldierung dieser weiteren Verschlechterungen für 2003 gegenüber der Abschlussverbesserung des Jahres 2002 (z. B. eine deutlich geringere Rückführung an den Verwaltungshaushalt / keine Rücklagenentnahme) erscheint es möglich den Fehlbedarf 2003 auf den o. g. geringeren Betrag zu reduzieren (Vgl. I.c Seite I).

IV. Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts (HSK) bis zum Jahr 2007 (2008)

Die Maßnahmen, die dem Ziel des Haushaltsausgleichs dienen sollen, sind nachfolgend auf den Seiten A1 - A19 und E1 - E 10 dargestellt. Die dort ausgewiesenen Jahresspalten 2003 und 2008 haben nur nachrichtlichen Charakter. Im übrigen enthalten die Jahresspalten 2004 bis 2007 sowohl in ihrer Art wie auch in ihrer Auswirkung verbindliche Festsetzungen mit dem Ziel der Nachprüfbarkeit.

Den oben genannten einzelnen Maßnahmeseiten des HSK sind vorangestellt Aufstellungen über:

- a) die bereits im Haushaltsplan 2003 eingearbeiteten Kürzungen zur Haushaltskonsolidierung. Dies entspricht schon Kürzungen in einem Umfang von rd. 1,5 Mio. EUR, und
- b) geplante, geprüfte bzw. schon eingeführte Kooperationen mit Eigengesellschaften, Beteiligungen, anderen Kommunen bzw. Dritten mit dem Ziel durch Synergieeffekte Einsparungen zu erzielen. Diese Einsparungen haben z. T. unmittelbare Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Lemgo, z. T. entfalten die Kooperationen mittelbare Wirkungen (z. B. bei der Kreisumlage).

In einem ersten Abschnitt werden die Maßnahmen auf der Ausgabe Seite dargestellt. Diese sind erkennbar an dem vorgestellten Buchstaben „A“ (Ausgabe) und einer fortlaufenden Seitennummerierung. Der zweite Abschnitt „E“ (Einnahme) befasst sich dann mit den Einnahmen.

Das HSK orientiert sich an der Finanzplanung der Stadt. Die Finanzplanung wurde über den gesetzlichen Rahmen hinaus deshalb um das Jahr 2007 erweitert, um insoweit eine auch zeitliche Übereinstimmung zwischen dem HSK und der Finanzplanung zu erreichen. In die Finanzplanung sind gesetzgeberische Maßnahmen einbezogen (z. B. Herabsetzung der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, Verbesserung der Gewerbesteuerbasis, Entlastungen im Bereich der durch die Gemeinden / Kreise getragenen Sozialleistungen) und auch eine spürbare konjunkturelle Belebung und damit verbunden einer Verbesserung bei den Steuern und Schlüsselzuweisungen.

Der Ausgleich der **Altfehlbeträge** soll ab dem Jahre 2008 durch dafür zugelassene Finanzierungsmittel (Rücklageentnahmen, Vermögensveräußerungserlöse, Rückflüsse von Darlehn und ähnliches) erfolgen.

Das auch zeitlich erreichbare Potential der Konsolidierungsmaßnahmen (Ausgabesenkungen, Einnahmeverbesserungen) dürfte mit den Maßnahmen dieses Konzeptes ausgeschöpft sein.

Auch der **Vermögenshaushalt sowie das Investitionsprogramm** waren dabei Kürzungsgegenstand. So sind im Investitionsbereich nahezu ausschließlich noch die Projekte des verbindlichen Abwasserbeseitigungskonzeptes enthalten einschließlich zugehöriger Straßenausbauten, einige Straßenausbauten, die zugleich aber auch Veranlagungen nach BauGB bzw. KAG erlauben und neben der Fortsetzung begonnener Hochbauten (z. B. im Schulbereich) unbedingt notwendige Erneuerungen an der Bausubstanz von Gebäuden und Einrichtungen.

Innerhalb des Zeitrahmens der gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW der fünfjährigen Finanzplanung zugrunde zu legen ist, und der um 1 Jahr erweitert wurde, erfordert die umfassende Finanzplanung auch unter Einbeziehung der Maßnahmen des HSK schon, dass auch die u. a. angekündigten gesetzlichen Maßnahmen verwirklicht werden zur Entlastung der Kommunen, so dass der Haushaltsausgleich im Verwaltungshaushalt wieder völlig hergestellt werden kann. Hiervon kann nicht ausgegangen werden, wenn die gegenwärtige überaus ungünstige Konjunkturlage fortbesteht oder sich verstärkt und die Rahmenbedingungen, die Bund und Land den Kommunen bereitstellen (Finanzausgleich, Aufgabenübertragungen, Gewerbesteuerumlage, Auszehrung gemeindlicher Einnahmequellen), nicht erheblich verbessert werden.

Dieses HSK enthält die Preisgabe erheblicher Selbstverwaltungsaktivitäten; diese Maßnahmen zu ergreifen, ist gesetzlich notwendig und geboten; eine Reduzierung aller Selbstverwaltungsaktivitäten gegen Null kann auch ein HSK nicht verlangen. Es wird jedoch notwendigerweise eine Fortschreibung des HSK im nächsten Jahre/ den nächsten Jahren zu erstellen sein, nicht zuletzt auch, um die aktuelle örtlichen wie allgemeine Entwicklung aufzugreifen und einfließen zu lassen.

Im März 2003

**Aufstellung über die bereits im Haushaltsplan 2003 eingearbeiteten Kürzungen zur
Haushaltskonsolidierung**

Ifd. Nr.	Gruppierung	Bezeichnung	Anzahl der betroffenen HHSt.	Kürzungsbetrag EUR
1	5020	Gebäudeunterhaltung	34	387.093
2	5030	Unterhaltung Außenanlagen	12	28.150
3	5100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze, Sportplätze, Kinderspielplätze, Friedhöfe	18	206.124
4	5200	Beschaffung von beweglichem Vermögen	54	54.236
5	5201	Unterhaltung des Inventars	26	19.695
6	5210	Ersatzbeschaffungen	1	600
7	5620	Aus- und Fortbildung	45	29.986
8		Verzicht auf den Sommertreff	1	29.000
9		Kürzung Repräsentationsaufwand	1	2.200
10		Kürzung Städtepartnerschaft	1	2.875
11		Kürzung SN-Personalausgaben	SN	421.500
12	5700	Stromkosten Straßenbeleuchtung	1	25.000
13	8500	Streichung Deckungsreserve	1	200.000
14	4700	Streichung Personaldeckungsreserve	1	100.000

Summe der schon im Haushalt 2003 enthaltenen Kürzungen an sich notwendiger Ansätze

1.506.459

Geplante bzw. schon eingeführte Kooperationen

a) Bereits eingeführte Kooperationen

Unmittelbare Auswirkungen auf den Stadthaushalt:

Kooperation mit	Gegenstand	Konsolidierungsbeitrag
Stadtwerke Lemgo GmbH	Personalabrechnung	Deckungsbeitrag nach Aufwand
Abfallbeseitigungsgesellschaft Lippe GmbH	Personalabrechnung	Deckungsbeitrag nach Aufwand
Abwasserbeseitigungsgesellschaft Lemgo GmbH	Personalleistungen, Büroräume, Geschäftsleitung	Deckungsbeitrag nach Aufwand
Kloster St. Loyen	Bearbeitung aller Verwaltungsangelegenheiten	Deckungsbeitrag nach Aufwand
Stadtwerke Lemgo GmbH	Unterhaltung der Fahrzeuge	Deckungsbeitrag nach Aufwand
Krankenheim St. Loyen	Unterhaltung der Fahrzeuge und Betankung	Deckungsbeitrag nach Aufwand
Lemgo Marketing	Gemeinsamer Einkauf von Geschäftsbedarf	Durch höhere Abnahmemengen günstigere Preise
Stadtwerke, ALG, Lemgo Marketing und Krankenhaus	Filialverbund zur Reduzierung der Telekommunikationskosten	Höherer Rabatt, da insgesamt höhere Abnahme von TK Leistungen
AWO-Bezirksverband Ostwestfalen - Lippe	Betrieb von Einrichtungen im Bereich der Jugendamtsaufgaben z. B. Jugendzentrum, Stadtteiltreff	Eigenanteil der AWO entlastet Stadt.
Lemgo Marketing, AWO ALG	Aufgaben werden durch diese erledigt.	Teil der Kosten der städtischen Aufgabe wird durch die Mitglieder aufgebracht.
Dörentrup, Kalletal	Verbund der Volkshochschulen	Bessere Auslastung, Kostenbeteiligung
Staff - Stiftung	Hexenbürgermeisterhaus Umbau und Betrieb	Stiftungsmittel werden eingebracht.
Fördervereine	Haus Eichenmüller, Musikschule, Stadtbücherei, Ganze Halbtagschule	Eigenmittel des jeweiligen Fördervereins werden eingebracht
TBV-Lemgo	Unterhaltung und Betrieb des Sportplatzes Jahnplatz	Eigenleistungen des Vereins
AWO-Lemgo e. V.	Betrieb einer Altenbegegnungsstätte	Eigenanteil der AWO Lemgo e. V.
Sponsoring	Ferienspiele	Konkrete Drittleistung steht noch nicht fest
Sponsoring	Sommertreff	Konkrete Drittleistung steht noch nicht fest
Jugendamt Bad Salzuflen	Gemeinsame Rufbereitschaften für Jugendangelegenheiten. Abends ab 17.00 Uhr bis 24 Uhr. Ein Sozialarbeiter ist zuständig.	Kosteneinsparung von 50 % für Rufbereitschaften des Sozialarbeiters im Jugendamt

Mittelbare Auswirkungen auf den Stadthaushalt

Kooperation zwischen	Gegenstand	Konsolidierungsbeitrag
Stadtwerke Lemgo (GmbH) mit Nachbarkommune	Schwimmeister	Hierdurch bessere Auslastung der Schwimmeister. Kosten werden erstattet
Stadtwerke Lemgo mit Stadtwerke Bad Salzulen und ggfl. weiteren Stadtwerken in Lippe und darüber hinaus.	Gemeinsame Materialbeschaffung	Günstigere Preise
Stadtwerke Lemgo mit Stadtwerke Bad Salzulen	Vorübergehender Austausch von Spezialisten für besondere Aufgaben.	Bessere Auslastung der Kapazitäten
Stadt Lemgo mit Kreis Lippe	Einsatzunterstützung im Bereich des überörtlichen Brandschutzes für Kreisaufgaben beim FAZ	Beim Kreis Lippe
Weserrenainissancemuseum, GBR Hexenbürgermeisterhaus	Gemeinsame Erledigung der Kassengeschäfte	Werden von der Stadt erledigt.

b) Kooperationen in der Prüfung

Kooperation mit	Gegenstand	Konsolidierungsbeitrag
Stadtwerke Lemgo GmbH/ Klinikum Lippe in Lemgo	Betreuung EDV-Ausstattung in Schulen	Ca. ½ Stelle
Andere Städte und Gemeinden im Kreis Lippe	Übernahme von Aufgaben von anderen Gemeinden (Beihilfen, Personal, gemeinsame Beschaffungen u. ä.)	Ist noch in der Planung
Kreis Lippe und andere Gemeinden	Geräteauslastung (Spezialgeräte) im Bereich des Baubetriebshofes (BBH)	Wird z. Z. geprüft
Kreis Lippe und andere Gemeinden	Einkauf des Materialbedarfs u. a. für den BBH	Wird z. Z. geprüft

c) Geprüfte und nicht realisierte Kooperationen

Kooperation mit	Gegenstand	Konsolidierungsbeitrag	Anmerkungen
Alle lippische Städte und Gemeinden	Beschaffung von Einsatzkleidung, Fahrzeugen	Günstigerer Einkauf durch größere Mengen.	Wird nicht weiter betrieben, da die Kommunen zu unterschiedliche Standards verfolgen.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
1. Streichung / Nichtwiederbesetzung von Stellen Auswirkungen auf die Personalkosten im SN I (2004 bis 2006 jeweils jährlich 4-5 Stellen weniger; bewertet mit 46.000 EUR/a pro Stelle						
Minderausgaben	0	200	400	600	600	600
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
<p>2. Verringerung der Kosten für Rat, Ausschüsse usw. (Unterabschnitt 000 00 und 009 00)</p> <p>(z.B. Verkleinerung Rat, weniger Ausschüsse, weniger Sitzungen, Verringerung der Anzahl der stellv.Bürgermeister, geringere Aufwandsentschädigung)</p> <p>Ab der nächsten Wahlperiode/2005 Ziel: 15 % weniger (von 260.000 EUR)</p>						
Minderausgaben	0	0	40	40	40	40
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT																										
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)																										
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung																								
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR																				
3. Aufgabe / Schließung von Einrichtungen wie: - Jugendräume - Spielplätze - Sporthäuser <p style="text-align: right;">Minderausgaben</p>		25	50	50	50	50																				
Dabei insbesondere auch <u>Aufgabe der Gebäude, Anlagen und Einrichtungen zur Einsparung</u> der Betriebs-, aber auch der Unterhaltungs- und Wartungskosten (UA 460 00, 460 30 565 00). Soweit Einrichtungen nicht aufgegeben werden, gilt für diese das Konsolidierungsziel Nr. 4.																										
Frei für Erläuterungen und Notizen:																										
<p>Hier sind lediglich die Verringerungen bei den Betriebskosten dargestellt, die sich außerhalb der Bauhofleistungen ergeben. Die Verbesserung im Bereich des Baubetriebshofes ist Bestand der unter dem Bauhof zusammengefassten Konsolidierungsmaßnahmen (Senkung um 1/3 der derzeitigen Kosten = ohne Bauhof = rd. 50 TEUR/a.</p>																										
<p>Anmerkung:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 35%;"><u>Aktuelle Gesamtkosten rd.</u></td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>460 00 Spielplätze</td> <td>255.000 EUR</td> <td>davon Bauhofleistungen</td> <td>247.000 EUR</td> <td style="text-align: right;">Unterhaltungs- und Betriebskosten: pro Spielplatz ca. 4.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>460 30 Jugendräume (ohne Primkerstr.)</td> <td>23.250 EUR</td> <td>davon Bauhofleistungen</td> <td>1.300 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>565 00 Sporthäuser, Sportplätze (ohne Jahnplatz und Walkenfeld)</td> <td>253.000 EUR</td> <td>davon Bauhofleistungen</td> <td>135.500 EUR</td> <td style="text-align: right;">pro Sporthaus ca. 20.000 EUR</td> </tr> </table>							<u>Aktuelle Gesamtkosten rd.</u>					460 00 Spielplätze	255.000 EUR	davon Bauhofleistungen	247.000 EUR	Unterhaltungs- und Betriebskosten: pro Spielplatz ca. 4.000 EUR	460 30 Jugendräume (ohne Primkerstr.)	23.250 EUR	davon Bauhofleistungen	1.300 EUR		565 00 Sporthäuser, Sportplätze (ohne Jahnplatz und Walkenfeld)	253.000 EUR	davon Bauhofleistungen	135.500 EUR	pro Sporthaus ca. 20.000 EUR
<u>Aktuelle Gesamtkosten rd.</u>																										
460 00 Spielplätze	255.000 EUR	davon Bauhofleistungen	247.000 EUR	Unterhaltungs- und Betriebskosten: pro Spielplatz ca. 4.000 EUR																						
460 30 Jugendräume (ohne Primkerstr.)	23.250 EUR	davon Bauhofleistungen	1.300 EUR																							
565 00 Sporthäuser, Sportplätze (ohne Jahnplatz und Walkenfeld)	253.000 EUR	davon Bauhofleistungen	135.500 EUR	pro Sporthaus ca. 20.000 EUR																						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
4. Verringerung von Betriebskosten, Anmietungskosten für bereitgestellte Räume, Grundstücke z.B. - Jugendräume - Schießstand Brake - Spielplätze - Sporthäuser Unterabschnitte 460 00, 550 00, 563 00, 565 00 Minderausgaben		20	20	20	20	20
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
5. Aufgabe / Beseitigung der Waldgaststätte "Aussichtsturm" nebst Turm - UA 840 00						
Einsparung der laufenden Kosten (Falls Verpachtung unmöglich ist)						
Minderausgaben		18	18	18	18	18
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
<p>6. Kündigung von Versicherungen, die nicht gesetzlich geboten sind</p> <p>(nicht kommunaler Schadenausgleich) also u.a.:</p> <p>Rechtsschutzversicherung, Vollkaskoversicherungen Kfz-Bereich, zusätzliche Haftpflichtversicherung, Schülerunfall u.a.;</p> <p>ferner Zusammenfassung einzelner Versicherungen / Gesamtvertrag; günstigere Tarife ermitteln (Grupp.-Nr. 54, 55, 64)</p>						
Minderausgaben		21	21	21	21	21
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
<p>7. Reduzierung der städt. Rattenbekämpfung auf die gesetzliche Pflichtaufgabe (Kanalnetz, städt. Grundstücke) Haushaltsstelle 1.110.5703.00.9</p> <p>Keine zusätzlichen freiwilligen (kostenlosen) Maßnahmen mehr auf Privatgrundstücken</p> <p>Vertragskündigung / Vertragsänderung</p>						
Minderausgaben	0	10	10	10	10	10
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
8. Ausscheiden aus dem Verein Nordwestdeutsche Philharmonie Haushaltsstelle 1.330.6611.00.8 Kündigung der Mitgliedschaft / als finanzielle Auswirkung ist die Beitragshöhe 2002 darge- stellt, da die weitere Entwicklung insoweit nicht abschätzbar ist (Frist 1 Jahr)						
Minderausgaben	0	0	0	33	33	33
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
9. Ausscheiden aus dem Verein Landestheater Detmold Haushaltsstelle 1.330.7180.00.0 Kündigung der Mitgliedschaft (Frist 2 Jahre, Jahresschluss) dargestellte finanzielle Auswirkung Beitrags- und Verlustausgleich 2003 mit geschätzter Steigerungsrate + 5 % p.a. weil Mitglieder ausgetreten sind, bzw. ihre Zahlungen reduziert haben und das Land seinen Zu- schuss deutlich gekürzt hat.						
Minderausgaben	0	0	0	0	116	122
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
10. Ausscheiden aus diversen weiteren Mitgliedschaften (lt. Liste / div. Haushaltsstellen) - Förderverein FHS - Lipp. Gesellschaft für Kunst - Lipp. Heimatbund - Naturwissensch.u.hist.Verein - Winkelmann-Gesellschaft - Bibliothekarsverein OWL - Vereinigung der Westf. Museen - Verein der Münzfreunde - Grabbegesellschaft - Fahrgastverband Pro Bahn Beitragshöhe zusammen Stand 2002 / 2003 = rd. 2.615 EUR						
Minderausgaben	0	3	3	3	3	3
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
<p>11. Verringerung des Zuschussbedarfs der VHS um 15 % / Unterabschnitt 350 00 = 30.000 EUR</p> <p>u.a. durch Verringerung des Gesamtstundenangebotes, Abbau von Kursen, Veranstaltungen mit besonders geringem Kostendeckungsgrad, Honoraransatz verringern (vgl. z.B. Sparprogramm der VHS Bad Salzuflen)</p> <p><u>Anmerkung:</u> Kostenentwicklung auf dem Stand 2003</p>						
Minderausgaben		30	30	30	30	30
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - **AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT****Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)**

Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
12. Übertragung der Ferienspiele an Dritte HHSt. 1.451.7600.00.9						
Minderausgaben	0	13	13	13	13	13

F r e i für Erläuterungen und Notizen:

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
13. Kürzung diverser freiwilliger Zuschüsse im Bereich Sport, Kultur, Soziales und ähnliche Bereiche mit einem vorherigen Gesamtvolumen (2003) von 165.125 EUR um 20 % (= rd. 33.000 EUR) spätestens ab 2004 (konkret vgl. Anlage) Ferner: keine städt. Betriebskostenzuschusszahlung mehr für Freibad Lieme ab 2003		33	33	33	33	33
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Anlage zum Haushaltssicherungskonzept 2003

Seite

HSK Nr. A13 (Zuschüsse)

HSK-Nr.	Unter-budget	Haushaltsstelle	Kurzbezeichnung	2002 Ansatz	2003 Ansatz
A14	22	1.321.7180.02.8	Zuschuss an den Museumsverein Hexenbürgermeisterhaus	970	970
A14	22	1.330.7181.00.7	Zuschüsse an die Marienkantorei	3.727	3.727
A14	22	1.330.7182.00.3	Zuschüsse für die Kantorei St. Nicolai	3.727	3.727
A14	22	1.330.7183.00.0	Zuschüsse an Gesangvereine	9.203	9.203
A14	22	1.330.7184.00.6	Zuschuss für die Lemgoer Orgeltage	2.070	2.070
A14	22	1.341.7180.01.4	Zuschüsse für den Verein "Alt Lemgo"	3.727	3.727
A14	22	1.341.7183.01.3	Förderung von Volks- und Heimatfesten	4.850	2.400
A14	22	1.550.7181.00.4	Zuschüsse für vereinseigene Einrichtungen	43.000	24.600
A14	22	1.550.7183.00.7	Zuschüsse an Sportvereine	29.706	29.700
A14	22	1.565.7180.00.6	Zuschüsse an Sportvereine zu den Betriebskosten	24.382	26.000
A14	24	1.470.7181.00.2	Zuschuss an Lebenshilfe für geistig Behinderte	1.840	1.840
A14	24	1.470.7182.00.9	Zuschuss an Türkischen Arbeiterverein	511	511
A14	24	1.470.7183.00.5	Zuschuss an das Deutsche Rote Kreuz	511	511
A14	24	1.470.7184.00.1	Zuschuss an den lippischen Blindenverein	230	230
A14	24	1.499.7882.00.9	Besondere Zuwendungen	14.929	7.300
A14	24	1.499.7883.00.5	Zuschuss an den "Verein Zusammenarbeit mit Osteuropa"	3.500	3.500
A14	25	1.451.7180.10.7	Förderung der Verbände und Organisationen nach Förderrichtlinien	45.000	40.000
A14	25	1.451.7181.10.3	Förderung von nichtanerkannten Verbänden u. Organisationen	1.600	1.000
A14	25	1.458.7182.30.1	Maßnahmen der Sprachförderung der Kinder	0	5.100
A14	81	1.753.7181.00.1	Spende an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	530	530
Summen				194.013	166.646

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
14. Abschaltung der Straßenbeleuchtung für 4 Stunden Haushaltsstelle 1.670.5700.00.5 Bei Nachtarif bedeutet 1 Stunde Abschaltung rd. 8.000 EUR weniger Stromkosten (keine Strompreissteigerung eingerechnet)						
Minderausgaben	25	32	32	32	32	32
F r e i für Erläuterungen und Notizen: Teilweise auch Abschaltung für 5 Stunden, zudem Reduzierung der Beleuchtungsintensität im Rahmen der gültigen Normen.						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)

Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
15. Streichen der Deckungsreserven						
a) <u>Deckungsreserve für Personalausgaben</u> Haushaltsstelle 1.914.4700.00.0						
Minderausgaben	100	100	100	100	100	100
b) <u>Allgemeine Deckungsreserve</u> Haushaltsstelle 1.914.8500.00.5						
Minderausgaben	200	200	200	200	200	200
<u>Anmerkung:</u> Programm "Bürgernahe Verwaltung" entfällt mangels Finanzmasse						

F r e i für Erläuterungen und Notizen:

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT

Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)

Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
16. Neuvereinbarung (Verringerung) der Kapitaleinlageregelung mit der Stadtwerke Lemgo GmbH für die Jahre 2004 bis 2007/2008 (Haushaltsjahre, zugleich Geschäftsjahre der Stadtwerke 2003 bis 2006) Einsparung (Zinsen, Tilgung)						
Minderausgaben		34	67	88	108	175

Frei für Erläuterungen und Notizen:

künftig = fixe Jahreseinlage, 2004 - 2007 = 750 TEUR/a, ab 2008 = 0 TEUR

vorher: bis 2005 max. 1.125 TEUR/a, ab 2006 max. 1.000 TEUR (keine Zeitgrenze)

Dargestellt hier die laufende mittelbare Finanzauswirkung im Verwaltungshaushalt (Zinsen, Tilgung).

Die Kapitaleinlageminderung wirkt sich unmittelbar im Vermögenshaushalt aus.

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
17. Aufgabe / Schließung von Kindertageseinrichtungen (Regelgruppen) (Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung) ab 2006						
Minderausgaben				97	98	100
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						
<p><u>Grundlage:</u> 2gruppiger Regelkindergarten, als Einsparpotential ist der Mittelwert angesetzt worden der Betriebskosten/Zuschüsse bei einem städtischen Kindergarten bzw. dem Kindergarten eines freien Trägers; angenommene Erhöhungsrate 1,5 bis 2 %.</p>						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
18. Konsolidierungsbeitrag des neugeordneten Baubetriebshofes (Unterabschnitt 770 00) jährliches Ziel, erhöhte Beträge nach Anfangsphase vorgesehen ab 2005 Minderausgaben	25	25	50	50	75	75
<u>Anmerkung:</u> Hier kommen nur in Betracht: - zusätzliche Erzielung von Fremderlösen - Minderung von Sach- u. Betriebsausgaben Zusätzliche Verrechnungseinnahmen kommen hier nicht in Betracht (entlasten den Haushalt nicht wirklich).						
F r e i für Erläuterungen und Notizen: Es handelt sich um ein vorläufig gegriffenes Konsolidierungsziel, da die Arbeit des neu geordneten Baubetriebshofes noch am Anfang steht und somit genügend Grundlagen für eine sichere Bestimmung der erreichbaren Zielgrößen noch nicht vorliegen. Auf diesem Maßnahmenblatt ist nur die Zielvorgabe im Unterabschnitt des Baubetriebshofes selbst vorgesehen (UA 770 00). Daneben werden sich bei der Fortschreibung dieses Konzeptes weitere Verbesserungen (Kostenentlastungen) bei den Fachaufgabebereichen ergeben, für die der Baubetriebshof tätig wird.						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
19. Aufgabe / Schließung einer 2-zügigen Grundschule infolge der Schülerzahlenent- wicklung ab 2006 (Unterabschnitt 210 00)						
Minderausgaben				112	112	112

F r e i für Erläuterungen und Notizen:

Anmerkung:

Es fallen weg u.a.: Personalkosten, Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung, Verbrauchskosten, Lehr- u. Lernmittel, Schülerbeförderung von zus. rd. 196.000 EUR jährlich; davon Personalkosten = rd. 84.000 EUR jährl., letztere sind Gegenstand der Konsolidierungsmaßnahmen, die beim Sammelnachweis I dargestellt sind.
Die übrigen wegfallenden Ausgaben ergeben sich bei den Grupp-Nr. 50, 54, 56-63.

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
1. Grundsteuer A (Grupp. Nr. 000) HHSt. 1.900.0000.00.3 Hebesatzerhöhung 2003 von 150 v. H. auf 192 v. H.						
Mehreinnahmen	24	24	24	24	24	24
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						
Fiktiver Hebesatz Grundsteuer A nach GFG:						
bis 2002 = 175 v.H.						
ab 2003 = 192 v.H.						
Gewogener Durchschnittshebesatz 1999 NRW = 202 v.H.						
10-v.H.-Punkte = rd. 5.700 EUR						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
2. Grundsteuer B (Grupp. Nr. 001)						
HHSt. 1.900.0010.00.9						
Hebesatzerhöhung 2003 von 330 v. H. auf 381 v. H.						
Mehreinnahmen	620	630	650	660	690	710
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						
Fiktiver Hebesatz Grundsteuer B nach GFG:						
bis 2002 =	330 v.H.					
ab 2003 =	381 v.H.					
Gewogener Durchschnittshebesatz 1999 NRW =	401 v.H.					
10-v.H.-Punkte = rd. 122.000 EUR						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
3. <u>Gewerbsteuer</u> (Grupp. Nr. 003) (Anhebung in 2 Schritten) HHSt. 1.900.0030.00.0						
a) 2003 - 2004 Hebesatzerhöhung von 395 v.H. auf 418 v. H.	Mehreinnahmen	0	815	830	840	850
b) ab 2005 Hebesatzerhöhung von 418 v.H. auf 430 v.H.	Mehreinnahmen	0	0	430	440	440

F r e i für Erläuterungen und Notizen:

Fiktiver Hebesatz Gewerbesteuer nach GFG:

bis 2002 =	380 v.H.
ab 2003 =	403 v.H.
Gewogener Durchschnittshebesatz 1999 NRW =	422 v.H.
10-v.H.-Punkte = rd. 350.000 EUR	

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
4. <u>Straßenreinigung</u> (Grupp.-Nr. 11) Gebühren/Erhöhung = HHSt. 1.675.1100.00.4, zugleich Herabsetzung des Öffentlichkeitsanteils von bisher 25 % auf künftig 10 % (Größenordnung ca.108 TEUR/a) Mehreinnahmen	0	108	107	108	110	111
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
5. <u>Verwaltungsgebühren</u> (Grupp.-Nr. 10, 11) <u>Mehrere Haushaltsstellen (Grupp.-Nr.1000 u. 1100)</u> Erhöhung div. Tarifstellen der städtischen Gebührensatzungen und Verwaltungsgebühren- regelung in speziellen Satzungen um wenigstens 10 % (Gesamterwartung + 10 TEUR/a) <div style="text-align: right;">Mehreinnahmen</div>	0	10	10	10	11	11
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)

Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
6. <u>Benutzungsgebühren</u> (Grupp.-Nr. 11) <u>Friedhöfe insgesamt</u> Unterabschnitte 750, 751, 752 (Grupp.-Nr. 1100, 1110, 1120, 1130, 1140) <u>Erhöhung der Gebührensätze</u> (Gebühreneinnahmen) um <u>je 20 % in 2004 und 2005</u> (2 Schritte) Mehreinnahmeerwartung je Schritt rd. 84 TEUR <u>Ziel: Vollkostendeckung</u>						
Mehreinnahmen	20	84	168	168	168	168

F r e i für Erläuterungen und Notizen:

Das bisherige Gesamtgebührenaufkommen (Basis: Haushaltsplan 2003) beträgt für den gesamten Friedhofsbereich zur Zeit rd. 424.800 EUR.
 Das Ziel von 2 Erhöhungen zu je 20 % soll jeweils ab 2004/2005 = 84.000 EUR zusätzliche Einnahmen erbringen. Die derzeitige Unterdeckung liegt bei 170 - 180 TEUR/a; berücksichtigter Öffentlichkeitsanteil dabei 20 %, dieser soll überprüft werden (geringerer Anteil ?), ist zur Zeit aber in die Finanzziele dieses Vorhabens nicht aufgenommen.

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
7. <u>Mieten, Pachten, Nutzungsentschädigungen</u> div. Haushaltsstellen / Grupp.-Nr. 14 Gesamtvolumen 2003 rd. 1.300 TEUR; Miet- u. Pachterhöhungen, Neufestsetzung der Nutzungsentschädigungen (ggf. Satzungsregelung) um insgesamt 5 % = + 60 TEUR/a						
Mehreinnahmen	0	60	60	60	60	60
F r e i für Erläuterungen und Notizen:						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT						
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)						
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
8. Vollständige Abführung der kompletten ALG-Gewinne in den Verwaltungshaushalt der Stadt (ab 2003 mindestens bis zum Jahr 2008) Haushaltsstelle 1.870.2100.00.0						
Mehreinnahmen	50	50	50	50	50	50
F r e i für Erläuterungen und Notizen: In den früheren Jahren wurden 50 % wieder als Kapital-Einlage zugeführt, mindestens aber einige 10.000 EUR; Einnahmeerwartung zuletzt 2002 = 335 TEUR; bei Vollablieferung = Einnahmeerwartung rd. 400 bis 425 TEUR; im Haushaltsplan 2003 ist bereits Vollablieferung vorgesehen						

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT

Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)

Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung				
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR
9. Einführung eines Eigenanteils zu den Schülerbeförderungskosten Nach § 7 des Schulfinanzierungsgesetzes kann der Schulträger einen von den Erziehungsberechtigten oder den volljährigen Schüler/innen zu zahlenden Eigenanteil von bis zu 10 EUR/monatl. festsetzen. (Grupp.-Nr. 15/Gliederungs-Nr. vgl. UA/Erläuterungen)						
Mehreinnahmen	0	145	145	145	145	145
Nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Entlastung der Kommunen soll der Eigenanteil auf 12 EUR/Monat angehoben werden.						

Frei für Erläuterungen und Notizen:

Für 2003 kann die Maßnahme nicht mehr umgesetzt werden, darüber hinaus steht die Entscheidung über diese Maßnahme sowie deren Umsetzung unter dem Vorbehalt der noch abzuschließenden genauen Prüfung der weiteren direkten Auswirkung für die Stadt (Verwaltungsaufwand) und der indirekten Auswirkung, die sich im Rahmen des ÖPNV-Betriebes (Stadtwerke GmbH, Stadtbus) ergibt.

Nach Erfahrungen und Veranschlagungen anderer Kommunen beträgt der Anteil ca. 14,5 % der Gesamtbeförderungskosten. Bei veranschlagten Gesamtkosten von 1.016 TEUR Einnahmeerwartung/Jahr. Bei Einführung Schuljahr 2003/2004 entspricht dies 4/12 von 145 TEUR = 48 TEUR.

Betroffene Unter-Abschnitte	Kosten TEUR	Einnahme TEUR
210	250	36,25
215	147	22,77
220	212	30,74
230	198	28,71
230 10	157	22,77
270	42	6,09

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept 2004 bis 2007 (2008) - EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT							
Maßnahmen zur Konsolidierung (mit finanziellen Auswirkungen / Zielen)							
Bezeichnung der Maßnahmen	2003 TEUR	Finanzielle Wirkung					
		2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR	
10. Zuschussverringerung durch Gebührenerhöhungen Musikschule							
a) HHSt. 1.333.1110.00.5 *) Schulgelder	Mehreinnahmen	0,0	0,0	19,5	19,5	19,5	39,0
b) HHSt. 1.333.1400.00.3 *) Miete für Instrumente	Mehreinnahmen	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	1,0
F r e i für Erläuterungen und Notizen:							
<p>Zusätzlich werden zur Konsolidierung Personalverringerungen bei den hauptamtlichen Dienstkräften vorgeschlagen. Diese sind im Vorschlag zum Sammelnachweis-Personalausgaben enthalten.</p> <p>*) Die Aufteilung zwischen den Schulgeldern und der Instrumentenmiete ist nur als Anhaltspunkt und nicht als endgültige Festsetzung zu verstehen.</p>							

Jahresspalte 2003 nur nachrichtlich, da Maßnahmen insoweit Bestandteile des Haushaltsplanes 2003 sind. 2008 ebenfalls nachrichtlich zur Fortführung.

Haushaltssicherungskonzept - 2004 bis 2007 (2008) -

Zusammenfassung der Maßnahmen:

Jahr	2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2007 TEUR	2.008 TEUR
Ausgabekürzungen	764	1.087	1.550	1.712	1.787
Einnahmeerhöhungen	1.926	2.494	2.525	2.568	2.644
Insgesamt	2.690	3.581	4.075	4.280	4.431

Nachrichtlich:

Auszug aus der Finanzplanung:

Bezeichnung	Gruppier. Nr.	2002 EUR i.T.	2003 EUR i.T.	2004 EUR i.T.	2005 EUR i.T.	2006 EUR i.T.	2007 EUR i.T.
Ausgaben Verwaltungshaushalt zusammen:	4 - 8	82.244	83.768	84.305	87.931	89.441	90.231
Einnahmen Verwaltungshaushalt zusammen:	0 - 2	82.244	80.944	81.629	83.069	86.110	88.193
Fehlbedarf (-) / Überschuss (+) Verw.HH		0	-2.824	-2.676	-4.862	-3.331	-2.038
abzüglich Fehlbedarf (-) / Überschuss (+) der Vorjahre / Verw.HH					-2.824	-2.676	-2.038
Neuer Fehlbedarf (-) / Überschuss (+) lfd. Jahr			-2.824	-2.676	-2.038	-655	0